

INITIATIVE „CHRISTEN BRAUCHEN KEINE GARNISONKIRCHE“

Pressemitteilung, 11.4.2016

Turmbau zu Potsdam - mit offenen Fragen

Die Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz (EKBO) beschloss am Samstag die „Ausreichung eines zinsfreien Darlehens an die Stiftung Garnisonkirche Potsdam in Höhe von € 3,25 Mio. unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung des ersten Bauabschnittes in Höhe von € 26,1 Mio. gesichert ist.“ Damit folgte sie dem Antrag der Kirchenleitung, verbunden mit Auflagen, die Arbeit der Stiftung Garnisonkirche vor Ort zu vernetzen, sowie den EKD-Friedensbeauftragten und bezüglich der Gestaltung des Turmes die Synode einzubeziehen.

Die Initiative „Christen brauchen keine Garnisonkirche“ hatte die Synodalen gebeten, vor der Entscheidung über eine finanzielle Unterstützung ein geändertes Konzept einzufordern, das sicherstellt, dass historische Brüche kritisch aufgearbeitet und auch baulich sichtbar werden. Dabei bezog die Initiative sich auf die Erklärung von Bischof Dr. Dröge, dass „eine Klärung der inhaltlichen Frage, wie der Gesamtbau geplant ist, ... unabdingbar“ sei, und dass „durch die architektonische Gestaltung sichtbar werden sollte, dass nicht einfach das Alte wiederhergestellt wird“.

Wir begrüßen, dass die Synode erstmals offen über das Projekt Garnisonkirche debattierte. Der von der Mehrheit der Synodalen getragene Beschluss enthält Auflagen, die in die von uns geforderte Richtung weisen. Er ebnet den Weg für einen Turmbau, der die „äußere Erkennbarkeit des Turmes als Versöhnungszentrum“ anstrebt, aber nach den vorliegenden Planungen prinzipiell den Weg für eine zukünftige Wiederherstellung der ganzen Kirche offen hält. Zweifel bleiben also angebracht, ob es gelingt, „dass nicht einfach das Alte wiederhergestellt wird“, also der architektonische Bruch den historischen Bruch sichtbar macht.

Der Turmbau wird den seit Jahren andauernden Streit über die inhaltlichen Fragen hinter diesem Projekt nicht beenden. Dieser Streit ist auch nötig, weil das Vorhaben, an diesem Ort ein Zentrum für Versöhnungs- und Friedensarbeit zu errichten, eine besondere Herausforderung bedeutet und eine kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Erbe und theologischen Selbstverständnis der Kirche erfordert.

Um des Ansehens unserer Kirche willen werden wir uns daher weiter kritisch einmischen.

Ansprechpartner: Uta Brux und Hans Misselwitz